

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

21. Juli 1959

11/J

An f r a g e

der Abgeordneten Dr. H e t z e n a u e r, Dr. K r a n z l m a y r,
 Dr. H o f e n e d e r und Genossen
 an den Bundesminister für Justiz,
 betreffend die Strafverfahren:

- 1) gegen Johann Z i r n g a s t und Maria U n t e r b e r g e r wegen Mordverdachtes (Schwurgericht Graz);
 - 2) gegen Franz W e i n a u e r wegen Betruges, Verleumdung und Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens (Schöffengericht St. Pölten).
- .-.-.-.-.-.-

Unter dem Titel "Skandal-Mordprozess Ziegler" wird in der Wiener Wochenschrift "Echo" Nummer 24 vom 14.6.1959 neben dem Freispruch der Angeklagten vom Verbrechen des Mordes mitgeteilt, dass im Verlauf der fast 29 Monate dauernden Voruntersuchung wichtige Beweisgegenstände, wie die blutgetränkte Schürze des Angeklagten und die blutige Papierscheide eines Messers desselben ebenso wie ein Teil des Gerichtsaktes spurlos verschwunden seien. Auch seien Zeugenprotokolle von den Zeugen nicht eigenhändig unterfertigt worden usw.

In der gleichen Wochenschrift Nummer 28 heisst es: "Ein dunkles Kapitel österreichischer Justiz, der Fall W e i n a u e r". Dazu wird unter anderem wörtlich ausgeführt: "Vor 21 Monaten starb die Kaufmannsgattin Maria Weinauer in Lunz am See. Einige Tage später wurde der Gatte unter Mordverdacht verhaftet. 21 Monate wurde untersucht und es kam nichts heraus, was als Klarheit zu bezeichnen wäre. 21 Monate sass Franz Weinauer unter Mordverdacht, jetzt fasste er zwei Jahre Kerker aus, damit das Mass der Justitia zu dem Mass der angesammelten Scherben der Wahrheit passen kann. Kein einziger medizinischer Sachverständiger wurde bemüht, um dem Gericht zu berichten, warum die wahre Todesursache der Staatsbürgerin Maria Weinauer nicht mehr aufgeklärt werden konnte."

Beide Prozesse haben in der Öffentlichkeit beachtliches Aufsehen erregt und sind, falls die wiedergegebenen Presseberichte zutreffen, geeignet, das Ansehen der Justiz zu gefährden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die

An f r a g e :

Ist der Herr Justizminister bereit mitzuteilen,

- 1) ob die zitierten Presseberichte den Tatsachen entsprechen;
- 2) was er unternommen hat, um solche das Ansehen der Justiz gefährdende Vorkommnisse hintanzuhalten und Voruntersuchungen entscheidend zu beschleunigen?